



INFO BERLINER UNDOGMATISCHER GRUPPEN 5

31.3.1974

WÖCHENTLICH

DM 0.50

INFO BUG 1 Bln 21 Stephanstr.60
(im SZ) Tel: 395 80 83

Bürozeiten: Mo-Fr 18-20 Uhr
So ab 18 Uhr Redaktion im SZ

SJSZ:

Rausschmiss



ERKLÄRUNG DES SCHÖNEBERGER
JUNGARBEITER- UND SCHÜLER-
ZENTRUMS ZU DEN VORFÄLLEN
VOM 28. 3. 74

Donnerstag, am 28.3.74, um 5 Uhr rückte das Abrißkommando des Bezirksamtes an, um die vom Brand zerstörten Räume und die Mittelbaracke einzureißen. Die Mittelbaracke hatten sich die Kinder eingerichtet und wollten sie behalten. Aber etwa 100 Jugendliche, Kinder und Eltern versperrten der Baufirma den Weg. Stadtrat Schmidt (SPD) wollte uns überreden, freiwillig das Gelände zu räumen, redete von Verhandlungen für Donnerstag, 19.30 Uhr, gab uns aber keine schriftliche Zusage, die Mittelbaracke stehenzulassen. Die Bauarbeiter erklärten sich mit uns solidarisch, daraufhin rückte das Bezirksamt ab.

Obwohl Stadtrat Schmidt Verhandlungen um 19.30 Uhr versprochen hatte, schickte er um 13.30 Uhr ein zweites Abrißteam der gleichen Baufirma und ca. 300 Polizisten. Zu dieser Zeit befanden sich etwa 30 Kinder und 6 Jugendliche in der Mittelbaracke. Die Polizei zerschlug die Fenster und stürmte das Gebäude, bedrohte die Kinder mit Gummiknüppeln und ging brutal gegen die weinenden Kinder vor. Danach wurde auch die Inneneinrichtung von der Polizei zerstört und die Jugendlichen auf die Straße getrieben. Die Straße und Umgebung wurde hermetisch abgeriegelt. Dadurch war der Weg für das Abrißteam frei.

Der Abriß fand statt, ohne daß sich das Bezirksamt darüber einig ist, was auf dem Gelände gebaut werden soll.

Durch die Abendschau und die Presse erfuhren wir, daß uns der gesamte Nutzungsvertrag vom Bezirksbürgermeister Gleitze fristlos gekündigt

worden ist. Das bedeutet nichts anderes als die vollständige Zerstörung des SJSZ! Damit wird uns, den Kindern und Jugendlichen, die letzte Möglichkeit genommen, die Arbeit im SJSZ fortzusetzen.

Das Bezirksamt machte klar, daß es mit uns nach einer "Denkpause" über einen neuen Nutzungsvertrag verhandeln will. Allerdings nicht mit dem gewählten Vorstand vom SJSZ, sondern mit Jugendlichen und Eltern, die dem Bezirksamt genehm sind. Inzwischen hat das Bezirksamt schriftlich die Forderung gestellt, daß die Räume innerhalb von vier Tagen geräumt werden sollen.

Wenn heute vom Bezirksamt und in der Presse versucht wird, den Eindruck zu erwecken, wir seien vom "Osten" ferngesteuert, oder von Rädelführern verhetzt, dann sagen wir: Hinter der Forderung KEIN ABRISS DER MITTELBARACKE! standen alle Kinder, Jugendliche und Erwachsene des Jugendzentrums. Besonders die Eltern, die ein Interesse haben, daß ihre Kinder Räume haben und sich nicht auf der Straße aufhalten müssen haben entschieden gegen den Abriß der Mittelbaracke protestiert. (Vgl. "Offener Brief der Eltern im SJSZ" in INFO BUG Nr.4, S.2)

Nach diesen Vorfällen fordern wir:
 RÜCKNAHME DER KÜNDIGUNG!

BEIBEHALTUNG DES ALTEN NUTZUNGSVERTRAGES UND EINE ERWEITERUNG AUF DIE STEINBARACKE!

KEINEN ERNEUTEN POLIZEIEINSATZ!

VERHANDLUNGEN MIT DEM VORSTAND, DEN ELTERN UND JUGENDLICHEN DES SJSZ!

(Siehe auch INFO 3)

PUTTE

DIE PUTTE IST BESETZT !

Am Freitag fand im überfüllten Audi-Max der TU ein Teach-In statt (Siehe folgende Kritik), am Sonnabend gab es eine Demo im Wedding mit an die 3000 Teilnehmern, am Sonntag nachmittag war ein duftiges Kinderfest und abends eine Fete mit anschließender Besetzung. In der kommenden Woche werden die verschiedenen Gruppen

ihre Sitzungen in der Putte abhalten. Außerdem gibt es in einem der Stockwerke eine Kunstausstellung unter dem Motto "Kunst als Barrikade". Es werden noch weitere Leihgaben gesucht. Bilderannahme: Tel: 3915992. Wolfgang Arns. 1/21 Thomasiusstr.8

Am Sonntag in der Putte

Es war was los! Am frühen Nachmittag unheimlich viele Kinder auf dem Abenteuerspielplatz, die malten "faules Ei" spielten, sich an den verschiedensten Wurfbuden betätigten, sich mit Popcorn vollstopften und bester Laune waren. Am meisten Aufsehen erregte der Boxring, wo vier Handschuhe, an denen zwei Kinder hingen, aufeinander eindroschen. Meist gingen die Kämpfe unentschieden aus, was für die hohe Kampfmoral aller Beteiligten und die Gerechtigkeit der Ringrichter spricht. Daß es natürlich auch den zahlreich erschienenen Erwachsenen Spaß gemacht hat, ist klar. Vor der Haustür der Putte gab's Diskussionen mit Leuten aus der Nachbarschaft. Es wurden Zeitungen der Putte verkauft und Unterschriften - auch für das Schöneberger Jungarbeiter- und Schülerzentrum - gesammelt. An der Straßenecke sang die Gruppe "Musik im Klassenkampf" über hohe Mieten, Bodenspekulation und andere Sauereien und was man dagegen macht. Im Haus, im ersten Stock, traten sich die Leute in der Ausstellung beinahe tot, um sich all die schönen Bilder und Plakate anzugucken. Aus zwei Fenstern des zweiten Stocks hingen chilenische Fahnen: das Chile - Komitee hatte einen Raum mit Plakaten vollgehängt, einen Büchertisch aufgestellt und zeigte eine Dia-Reihe über das Wirken von deutschem Kapital in Chile. Außerdem tagte das Komitee abends in der Putte. Das werden - wenn das Haus noch steht - diese Woche noch eine ganze Menge anderer Gruppen machen, um ihre Solidarität zu zeigen. Außerdem ist dann in der Putte immer was los, und sie kann nicht so leicht geräumt werden. Z.B. wird es jeden Tag einen Infostand über Paragraph 218 und jeden Abend den Putte-Film geben.

Das Fest am Sonntag war jedenfalls ein großer Erfolg - und am nächsten Wochenende soll's wohl weitergehen (so Sötje will). Wir wollen jedenfalls, und:
NOCH STEHT DIE PUTTE !!

wie wir aus gewöhnlich gut informierten Weddinger Juso-Kreisen erfahren, ist an der geplanten Räumung weniger der Senat bzw. das Bezirksamt mit seiner verstärkt repressiven Politik gegenüber den selbstverwalteten Jugendzentren schuld, sondern in der Hauptsache eine interne SPD-Querele:

Ein ultrarechter Abteilungsvorsitzender und persönlicher Referent des Verfassungshüters Kurt Neubauer fürchtet um den Verlust seiner Machtposition in der SPD. Er hatte von der Absicht des linken Sozialdemokraten und Mitarbeiters in der Putte, P.M., erfahren, junge Putte - Genossen zu veranlassen, in die Partei einzutreten, um das Jugendzentrum auch innerhalb der Institutionen besser absichern zu helfen. Das war vor einem Jahr, zu einem Zeitpunkt, als Stadtrat Sötje noch nichts gegen die Putte einzuwenden hatte.

Seitdem ist ein Wandel eingetreten: Die Aufnahmeanträge der Genossen in spe sind bis heute nicht bearbeitet, weil die rechten Typen Schiß haben, ihre Domäne - die Abteilung rund um die Putte - würde von den Linken gekippt werden, eine Befürchtung, die gar nicht mal so aus der Luft gegriffen scheint. Denn im Zuge der Sanierung dort oben sind in den letzten Jahre viele alte und treue Sozis "umgesetzt" worden, so daß das Mehrheitsstimmvieh nicht mehr so recht(s) blöken wollte. 4

Rächt ein bißchen nach Rechtsfertigung der üblen Juso-Politik (Mieten der Läden gegen den Willen der Putte-Genossen), gell?

BEMERKUNGEN ZUR PUTTE-VERANSTALTUNG

Eine ganze Reihe von Leuten hat die Veranstaltung mehr frustriert als aktiviert. Ich will hiernur auf die

4 Forderung nach Diskussion während der Veranstaltung kurz eingehen. Die Jugendlichen aus der Putte und anderen unabhängigen Jugendzentren haben ihre beschissenen Erfahrungen mit den Organisationen, hauptsächlich der KPD, gemacht (s. Info 2, "Offener Brief an die KPD"). Aus Furcht vor Bevormundung und einer Zerredung ihrer Veranstaltung ist das Diskussionsverbot entstanden. So verständlich dies auch sein mag, es zeigte, daß man sich dem Hick-Hack nicht gewachsen fühlte. Die Gefahr, die Kontrolle über die Diskussion zu verlieren und besonders Nicht-Studenten zu vertreiben, führte zur extremen Gegenwehr. So beschnitt man sich auch die Möglichkeit, aus einer Diskussion zu lernen. Fragen und Probleme bei der aktiven Unterstützung und Verteidigung der Putte, wie sie auch das Mittwochsplenum (s. Protokoll) gern diskutiert hätte, mußten unterbleiben. Schade. Was sich dann allerdings draußen im Foyer abspielte rechtfertigte die bösen Erwartungen Allgemeines Gelaber über Gott und die Welt, Vorwürfe wegen der nicht-gelaufenen Diskussion und grundsätzlich falscher Politik wurde mit Aggressivität und Arroganz vorgebracht. Der KJV betonte, daß er nicht seine Flugblätter verteilt habe, sondern die der Putte, jetzt aber einsehe, daß das nicht richtig gewesen war. Die Ware "Solidarität" hat sich wohl für ihn nicht bezahlt gemacht. Er würde jetzt weitergehende Überlegungen anstellen über die Unterstützung der Initiativgruppe unabhängiger Jugendzentren. Wohlan, man darf gespannt sein!

Bleibt die Frage, wie in Zukunft eine solidarische und vom Führungsanspruch freie Diskussion in Berlin mit dem Kopf auf die Beine zu stellen ist.

PUTTE DISKUSSION

Jeder Häuserkampf (auch der der Putte) hat nur dann Aussicht auf Erfolg, wenn er in einen allgemeinen politischen Zusammenhang gestellt und geführt wird. Darüber hinaus muß er sich orientieren an aktuellen Häuserkämpfen in der BRD und Berlin (Frankfurt, Jungarbeiterzentrum Belzigerstr. und dem Jugendheim Schiller-Schillerpromenade). Angesichts der zu-

PUTTE

nehmenden Ausweitung und Perfektionierung des Polizeiapparates und dem immer brutaleren Einsatz seiner Gewaltmittel ist es einfach lächerlich, wenn ein paar Betroffene (die WG in der Putte) glauben, die Kampftaktik und die praktischen Vorbereitungen zur Verteidigung des Hauses allein treffen zu können. Da, wo nur mit dem geschlossenen Einsatz aller revolutionären Kräfte ein wirksames Gegenmittel zur Gewalt der Schweine gefunden und praktiziert werden kann, nehmen die Putte-Leute den alten Spaltungsversuch der pigs auf und erklären im "Spandauer Volksblatt", mit "Anarchisten" nichts zu tun haben zu wollen. Dabei wird dieses Wort im alten BZ- und Bildzeitungssinn gebraucht: Anarchisten als all jene dummen Wirrköpfe, die der Gewalt der Herrschenden endlich die des Volkes entgegensetzen wollen. Vielleicht kann man ein Haus mit Galerien und dem moralisch-weinerlichen

Protest einiger - an der letztlich von der Gewalt der pigs bestimmten Realität vorbeigehenden Liberalen - halten. Vielleicht wird das Bezirksamt nicht ganz so böse, wenn man zuläßt, daß seine Vertreter eigenmächtig die Tür der WG aushängen, um in der Wohnung fotografieren zu können. Vielleicht bleibt das Haus stehen, wenn man denen, die über seinen Abriß bestimmen, in den Arsch kriecht, wenn man aus der Putte eine Zweigstelle des Bezirksamts macht. Dann ist das Haus aber nicht mehr unser Haus! und genau hier müssen wir eingreifen, dürfen wir uns nicht länger heraushalten und liberalistisch schweigen! Solidarität mit der Putte heißt: Aktiv in den Kampf eingreifen, die Fehler der Putte-Leute aufzeigen und in der eigenen Praxis vermeiden. Solidarität mit der Putte heißt weiter, gemeinsam Kampf- und Widerstandsformen zu entwickeln und zu praktizieren, die siegen helfen, heißt, der Gewalt der Schweine die unsrige entgegensetzen! Wir sagen: Wenn die Bullen den Terror in die Putte tragen, dann liegt unsere Antwort auf der Straße!

HABT MUT ZU KÄMPFEN - HABT MUT ZU SIEGEN !!

Dieser Redebeitrag der Genossen aus der RH-Stadtteilgruppe Moabit, des Häftlingskollektivs und der Anarchos Urbanstr. wurde auf dem Putte-Teach-In verhindert.

Plenumsprotokoll vom 27.3.74

1. Schöneberger Jungarbeiter und

Schülerzentrum :

An diesem Abend sollte das SJSZ besetzt werden, um den für den nächsten Morgen erwarteten Abriß der sog. Mittelbaracke zu verhindern. Über die geplanten Formen des Widerstandes sollte im Jugendzentrum selbst diskutiert werden. Wir beschloßen, die Plenumsitzung etwas zu straffen und nach Beendigung des Plenums die Besetzung zu unterstützen.

2. Maifeste :

Um die für dieses Jahr geplanten 1. Mai Feste zu koordinieren, findet ein Treffen der verschiedenen Jugend- und Stadtteilgruppen statt. Termin : Freitag 5.4.74 im Drugstore 19.00

3. Putte :

Es wurde von ziemlich allen Anwesenden kritisiert, daß auf dem geplanten Putte Teach - In keine Diskussionen stattfinden sollten. Wir finden, daß das Vorgehen gegen die selbstverwalteten Jugendzentren uns alle betrifft, wir also auch alle an den Diskussionen über den gemeinsamen Widerstand beteiligt sein müßten. Die Putte stellt uns zumindest mit ihrer Forderung nach passivem Widerstand vor vollendete Tatsachen, der uns wieder nur die Wahl läßt - entweder mitmachen oder nicht. Folgende Fragen sind für uns noch offen und müßten gemeinsam diskutiert werden :

a. Was bedeutet das von der Putte versuchte Herstellung einer liberalen Öffentlichkeit ? Läßt sich damit der Abriß der Putte verhindern? Läßt er sich überhaupt verhindern und haben die Leute der Putte nicht diesbezüglich noch einige Illusionen ?

b. Welche Form der Militanz ist für die Räumung angemessen ? Welche Funktion kann sie haben, sowohl für die Verteidigung als auch für die Herstellung einer breiten (nicht nur liberalen) Öffentlichkeit.

Folgende Resolution wurde verabschiedet: Die am Plenum Berliner Undogmatischer Gruppen teilnehmenden Genossen fordern auf dem heutigen Teach In eine Diskussion über die Möglichkeit des aktiven Widerstandes bei der Räumung der Putte. -- verabschiedet von Mitgliedern folgender Gruppen :

Stadtteilgruppe Neukölln, Kollektiv Pädagogen, Projektgruppe Richardplatz, Drugstore, Lehrlingsgruppe in der Druckindustrie, Stadtteilgruppe Charlottenburg, Männergruppe, Selbstorganisierte Kollegiaten Berlin-Kolleg, SG Moabit,

Häftlingskollektiv, SAK Jur, GUM 4. Frankfurt Emanzipations Seminar : Um sowohl Fahrt als auch Vorbereitung zu organisieren, findet ein Treffen statt -

Donnerstag 4.4.74 19.00 SZ

5. Finanzierung SZ :

Die Kosten betragen jetzt 900.- Miete & 500.- Öl & Nebenkosten, was bei der jetzigen Regelung nicht mehr aufgetrieben werden kann. Die anwesenden Gruppen werden gebeten, zu diskutieren, ob sie nicht zur Unterstützung einen monatlichen Betrag von mindestens 20 - 50 .- aufbringen können.

6. Zeitungsinitiative :

Wie schon gemeldet, hat sich eine Gruppe zusammengesetzt, die eine neue linke Zeitung herausbringen will. Die 0 Nummer liegt bereits vor. Von der Projektgruppe Richardplatz ist dazu im letzten Info vorgeschlagen worden, das Info UBG zugunsten dieser Zeitungsinitiative aufzugeben. In der folgenden Diskussion wurde dann erklärt, das nicht so alternativ gemeint zu haben, die Kritik am Info blieb jedoch bestehen :

a. Das Info erscheint zu oft, kann kaum gelesen werden von Arbeitenden, Diskussion und Rückkopplung in den Gruppen findet nicht statt.

2. Ist zu trocken aufgemacht, wird von Lehrlingen und Jungarbeitern nicht gelesen,

3. Die Gruppe findet sich zeitlich überlastet, kann an dem Info herstellen und an Artikel schreiben aus Zeitmangel kaum teilnehmen.

d. Das Info ist nicht das Info der am Plenum teilnehmenden Gruppen, sondern das Werk eines Redaktionsstabes.

Dem wurde entgegengehalten - Das Info soll eine ganz andere Funktion haben als eine Zeitung, nämlich als Medium der Diskussion und Organisation innerhalb der undogmatischen Linken.

Es ist durchaus ein Produkt der Gruppen, die Berichte werden größtenteils von den Gruppen erstellt und nicht vom Redaktionsstab.

Die Diskussion wurde nach ca. 1 Stunde abgebrochen.

7. Arbeitsgruppen :

Die Notwendigkeit einer gemeinsamen politischen Arbeit der am Plenum teilnehmenden Genossen und Gruppen ist erkannt. Dieses Erkenntnis gilt es in Realität zu ver-

wandeln. Ein Ansatz kann sein die gemeinsame Teilnahme an den Hausbesetzungen der nächsten Wochen. Eine weitere Notwendigkeit ist die Einrichtung von Arbeitsgruppen. Als erste Arbeitsgruppe wurde vorgeschlagen: AG Stadtteilarbeit, zu der sich jedoch zunächst lediglich 3 Genossen fanden. Aufgabe soll es sein, die gemachten langjährigen Erfahrungen der verschiedenen Stadtteilgruppen aufzuarbeiten und ein neues Konzept für Stadtteilarbeit zu entwickeln und daraus auch praktische Konsequenzen zu entwickeln.

8. Info :

Die Herstellungskosten für 1.000 Stk. betragen 450.-, die zu erwartenden Einnahmen maximal 500.-, obwohl mit einem gewissen Schwund gerechnet werden muß. Das Info trägt sich zur Zeit nach nicht selbst, pro Nummer ergibt sich ein Defizit von ca. 50 - 100.-

Eine Auflage von 1200 Ex. ist vorgesehen, um auf eine ausreichende Rentabilität zu kommen. Ein Absatz von 1200 Ex. wird sich jedoch wahrscheinlich erst im Sommersemester realisieren lassen.

9. Die Redaktion fürs nächste Info wurde nicht bestimmt. Es muß kritisiert werden, daß ein Großteil der Genossen entweder eine Stunde zu spät kommt, oder aber eine Stunde vor Schluß nach Hause geht. Verdammt noch mal!

10. Das nächste Plenum findet wieder im SZ statt 19.30 pünktlich.

Eventuell könnten wir von da aus gemeinsam zur Putte fahren und dort das Plenum abhalten.

1. MAI - FESTE

Für diese INFO-Ausgabe waren eigentlich mehrere Berichte über die 1. Mai-Feste 1973 vorgesehen. Wir fanden die Berichte wichtig, um daraus für unsere Mai-Fest-Vorbereitungen in diesem Jahr lernen zu können. Es hatten am 1. Mai 1973 Feste in Neukölln, im Falkenhagener Feld in Spandau, in Moabit, in Kreuzberg (Mariannenplatz), am Weißbeckerhaus und in Lichterfelde stattgefunden. Leider haben weder die Genossen vom Weißbeckerhaus, noch vom Rauchhaus, noch von Moabit Berichte geschrieben, obwohl zumindest Moabit fest zugesagt hatte und auch vom Weißbecker-Haus

Zustimmung zu einem Bericht kam. Soweit wir erfahren haben, finden in diesem Jahr Feste statt in: Moabit, Neukölln, Reinickendorf (Prisma, Treff u.a.), Kladow, Weißbeckerhaus (Kreuzberg), Heerstr. - Nord, Wedding (Putte u.a.)

Im letzten Jahr gab es in Spandau, Moabit und Neukölln Ärger mit den Bezirksämtern wegen der Platzgenehmigungen. Die Gruppen in Spandau und Moabit begnügten sich schließlich mit einem anderen als dem beantragten Platz, die Neuköllner SG nahm sich den Platz, den sie wollte, trotz Verbot durch das Bezirksamt.

Bericht aus Neukölln - Mai 1973

Vorbereitungen und Öffentlichkeitsarbeit

Die Vorbereitungen verliefen ziemlich konfus, was aber nicht unbedingt typisch für Spontis sein sollte. Wir hatten zwar schon vor Wochen Verantwortliche für die Beschaffung von Material und fürs Bauen der Stände eingeteilt - trotzdem zeigte sich schon bald, daß nicht alles so lief, wie es sollte. Leute kamen nicht

oder wußten plötzlich nichts mehr von ihren Aufgaben. Flugblätter wurden kaum diskutiert und holter-dipolter runtergeschrieben. Einen Tag vor dem 1. Mai fiel uns plötzlich noch ein, daß wir überhaupt keine Informationsstände hatten, die dann in aller Eile gemacht wurden usw. So wußten wir auch praktisch bis zum letzten Tag nicht, ob wir überhaupt Strom für die angekündigte Band bekommen würden, was ja doch ziemlich wichtig fürs ganze Fest war. Ein Wunder, daß trotzdem alles klappte - aber darauf sollte man sich in Zukunft natürlich nicht verlassen. Diese mangelnde Vorbereitung hat aber außer den üblichen noch andere Ursachen: einerseits die Tatsache, daß wir eben nicht wußten, ob wir das Fest überhaupt länger als eine halbe Stunde würden halten können, wir also in der Beschaffung von Lebensmitteln und Getränken ziemlich sparsam sein mußten. Der drohende Bulleneinsatz lähmte natürlich teilweise die Freude und das Interesse an der Vorbereitung. Andererseits nahmen eben verschiedene Gruppen und Wohnge-

meinschaften an der Vorbereitung teil - Gruppen, die noch nie zusammengearbeitet hatten, so daß der Kontakt und die Kommunikation nicht immer klappte. Verschiedene Vorstellungen von Praxis und Verbindlichkeit spielten natürlich auch noch eine große Rolle.

Kontakte mit Kinderläden und Eltern-Kind-Kindgruppen und Aufforderung, sich an der Vorbereitung und am Fest zu beteiligen.

8000 Flugblätter an die Mieter der umliegenden Straßenzüge - diese Flugblätter wurden größtenteils in die Briefkästen eingeworfen.

8000 Flugblätter für Jugendliche, die vor Schulen, Berufsschulen, aber auch vor Jugendheimen und bei Veranstaltungen verteilt wurden.

8000 Flugblätter (Comics) für Kinder. Diese verteilten wir in Kindergärten, vor Schulen und auf der Straße.

Und ca. 500 Flugblätter, die sich hauptsächlich mit dem Kampf in den Betrieben beschäftigten und vor einem Mittelbetrieb am Herzbergplatz verteilt wurden, ohne große Resonanz auszulösen (mittlere Abnehmerschaft: 1:5).

Zweimal machten wir am Herzbergplatz Straßenstände, verteilten Flugblätter, stellten Stände auf, die auf das Fest und die allgemeine Arbeit der Stadtteilgruppe hinwiesen.

Die Straßenagitation war nicht allzu erfolgreich, unter anderem deshalb, weil die meisten schon über das Fest informiert waren, und es für sie nichts neues bedeutete. Trotzdem kamen einige gute Gespräche zustande. Ein paar Tage vor dem 1. Mai führten wir eine Versammlung in einer Kneipe am Herzbergplatz durch, zu der Sympathisanten der Stadtteilgruppe, ehemalige Genossen aber auch Leute aus der Bevölkerung kamen, die durch die Flugblätter oder unser Stadtteilinfo darauf aufmerksam gemacht worden waren. Wir erzählten nochmals, warum wir das Fest machen wollten und warum eine Besetzung des Platzes notwendig geworden war. Das wurde größ-

stenteils als richtig empfunden, einige erklärten sich sogar bereit, außer beim Fest auch beim Verteilen der Flugblätter mitzumachen. Verbindlich gemacht für eine weitere Zusammenarbeit wurde nichts, da wir auch zu der Zeit noch keine länger-

fristigen Vorstellungen hatten und erstmal das Fest abwarten wollten. Interesse bestand jedoch an einem regelmäßig erscheinenden Stadtteilinfo.

Das 1. Mai-Fest oder die Besetzung

Zbm Verlauf:

Während der Demonstration verteilten einige genossen noch Flugblätter, außerdem wurde durch Lautsprecherwagen auf das Fest hingewiesen. Das wurde nötig, da schon seit 10 Uhr Manschaftswagen um den Platz patroulierten und mit einem Bulleneinsatz zu rechnen war. Beim Aufbau der Stände geschah jedoch nichts. Die Chance für die Bullen war vertan, denn nun füllte sich der Platz im Nu mit Kindern, die sofort zu spielen begannen. Die Bullen versuchten zwar, uns nervös zu machen und schickten Kranken- und Manschaftswagen um den Platz, auch ein paar Zivile aber vorerst passierte nichts. Mit den Kindern hatten wir überhaupt keine Schwierigkeiten. Nach den ersten Anstößen lief es bei ihnen wie von allein. Sackhüpfen, Tauziehen, Dosenwerfen, Malstände und Hunderte von Luftballons belebten natürlich den Platz von allein. Immer mehr Kinder kamen, dann die ersten Älteren, die nicht unbedingt wie Genossen aussahen. Man kannes schlecht beschreiben, aber es entwickelte sich schnell ein unheimlicher Trubel.

Kuchen oder Kakao wurden verkauft oder verschenkt, später Bier und Bouletten. Wir bekamen schon bald unsere mangelnde Vorbereitung zu spüren, als nämlich plötzlich nichts zum Essen und Trinken mehr da war. Von da an begann für einige Genossen die hektische Suche nach Nachschub, was ganz schön entnervend war. Es fiel auf, daß die Leute ziemlich informationsbereit waren - so waren unsere Informationstafeln immer umringt von einer Menschentraube. Wir informierten über die Wohnsituation in Berlin, Mieterhöhungen, Sanierung, über Lehrlings - und allgemeine Jugendproblematik und überhaupt unsere politischen Vorstellungen. Im Laufe des Nachmittags bildete sich eine dufte Atmosphäre heraus. Omas saßen auf den Bänken und lasen Flugblätter Eltern spielten mit den Kindern, die

ersten Diskussionen entwickelten sich. Die Funktion des Platzes bildete einen wichtigen Punkt der Gespräche: beklagten sich Mütter darüber, daß ihre Kinder fast nichts zum Spielen hätten und immer vom Hertzbergplatz verjagt würden. Wir wurden gebeten, uns für eine Herrichtung des Platzes zum Kinderspielplatz einzusetzen - ein Termin wurde auch gleich ausgemacht. Das Fest wurde wirklich begeistert aufgenommen, es entsprach also wirklich den Bedürfnissen der Leute, aus ihrer Isolation herauszukommen. Darum wurde auch unheimlich oft eine Wiederholung des Festes gefordert - und auch Unterstützung angeboten. Am meisten verblüffte uns die Zustimmung dazu, daß wir den Platz trotz Verbotes genommen hatten und uns einen Scheiß um die Bürokraten scherten. Insgesamt war eine ziemliche Abneigung gegen die Polizei festzustellen (hurra!!!)

Im Laufe des Nachmittags kamen so ca. 1500 Leute auf den Platz, zum Glück nicht so unheimlich viele Linke, die alle auf dem Fest am Mariannenplatz waren, so daß auch Platz für die Bevölkerung war. Ab 17 Uhr spielte auch eine Rock-Band, trotzdem verließen die Älteren nicht den Platz - die laute Musik störte sie nicht. Nur ein Hausbewohner holte die Bullen, für die das natürlich ein gefundenes Fressen war.

Von einem Reporter des SFB hatten wir vorher gehört, daß die Bullen nur eingreifen würden, wenn sich jemand beschwert. Das war nun der Fall. Wir gingen mit den Bullen hin zu dem Typen, der erst unheimlich moserte, aber bald aufhörte, als ihm ein paar andere Hausbewohner versicherten, daß sie die Musik nicht stören würden und sie sogar gern beim Fest gewesen wären. Da wurde er doch ein bißchen kleinlaut und schickte die Bullen weg. Ein voller Sieg für uns - auch ohne Straßenschlacht.

Schließlich gabs noch Tanz und Film - gegen Abend beendeten wir dann das Fest und begannen mit dem Aufräumen. Einige Eindrücke haben wir noch vergessen darzustellen: Die Hilfsbereitschaft der Leute - eine Rentnerin erklärte sich spontan bereit, die Kasse zu machen, andere halfen bei den Ständen, wenn mal jemand fehlte, lauter Kleinigkeiten, die man aber sonst nicht gewohnt ist. Interessant war der Ver-

blüffung, daß manches nichts kostete oder wir manches verschenkten, wenn jemand kein Geld hatte, aber andere bezahlen ließen. Beim Kleidertausch fiel es auf, daß die meisten nichts nehmen wollten, ohne ein Äquivalent in Waren - oder Geldform zu bringen. Die meisten Genossen waren jedoch nicht in der Lage, diese Verwirrung zu benutzen, um ein paar Sachen zu vermitteln. Vermißt wurde auch ein fester Stand, an dem hätte diskutiert werden können - so standen die Informationstafeln ziemlich unvermittelt in der Gegend rum. Gespräche konnten sich natürlich trotzdem vermitteln, nur fehlte es eben an der Kontaktstelle - der Hinweis auf ein Kneipentreffen genügte offenbar nicht.

Fazit

Das Fest war ein voller Erfolg, sowohl für uns als auch für die Bevölkerung. Die Isolation zwischen uns Linken und den Leuten und auch unter ihnen selbst ist ein bißchen aufgebrochen, Sympathie ist vorhanden. Das ist natürlich alles so ziemlich für'n Arsch, wenn wir nicht weiter in Kontakt zu den Leuten bleiben, weiter was machen - damit die frischen Eindrücke nicht wieder verschüttet werden. Darum werden wir zunächst ein Treffen machen, um die Bedürfnisse der Leute kennenzulernen und natürlich auch unsere Vorstellungen einzubringen. Wichtig ist jedenfalls ein fester Treffpunkt, am besten Laden, und regelmäßige Informationen in Form einer Stadtteilzeitung. Wir stehen hoffentlich am Anfang einer kontinuierlichen Arbeit. Und das nächste Fest kommt bestimmt.

NEHMEN WIR UNS DIE
STADT !!!

Neukölln '74

Auch in Neukölln wird es am 1. Mai wieder ein Fest geben; allerdings nicht mit so großen Ansprüchen und Erwartungen wie letztes Jahr auf dem Hertzbergplatz. Diesmal soll es in der Hauptsache ein Kinderfest sein, was sich auch besser in die von uns initiierte und gerade anlau-

fende "Kampagne gegen die Spielplatzmisere in Neukölln" einbauen läßt. Zu diesem Zweck haben sich die Spielplatzinitiative und die Projektgruppe Richardplatz zusammengetan. Sie werden von der Stadtteilgruppe Neukölln unterstützt. Siehe IBUG 4, S. 6+13. Was die inhaltliche Gestaltung des Festes anbelangt, so werden wir mehr darüber sagen können, nachdem wir an diesem Donnerstag ein erstes Gespräch mit den Bezirksamtsfipsen gehabt haben. Bericht darüber im nächsten Info.

In jedem Falle wäre es gut, wenn die Genossen der Schillerpromenade über ihre Aktionen informieren würden, evtl. eine Möglichkeit zur Kontaktaufnahme mit den Jugendlichen, die immer auf dem Richardplatz rumhängen, wo übrigens auch auf einer freien Parkfläche bzw. Wiese das Fest ablaufen soll.

Ansonsten suchen wir natürlich noch Genossen, die mitarbeiten wollen: bei der Vorbereitung, am 1. Mai und auch danach. Kontakttelefon: 606 54 15

(Fidel)

Spandau

Volksfest am 1. Mai

Die meisten von euch werden sich sicher noch an den 1. Mai im vorigen Jahr erinnern, da gab es in Spandau ein großes Volksfest.

Ein paar Gruppen aus Spandauer Jugendheimen, einige Schüler und die Jusos haben dieses Fest veranstaltet, damit hier am 1. Mai auch mal was los ist, denn auf die Demonstrationen gehen aus Spandau sicher nur die wenigsten.

Auf diesem Fest gab es viele Buden und Spiele, z.B. Tauziehen, Sackhüpfen, Büchsenwerfen, Eierlaufen usw. für Kinder, eine Kneipe, Kaffee und Kuchen und Würstchen für alle und für die Jugendlichen eine Diskothek, Gitarrengruppe und abends eine Rockband. Außerdem konnte jede Gruppe die Festbesucher an Info-

Ständen über sich informieren. Das wichtigste daran war, daß fast alles selbst gemacht wurde, und daß bis auf Essen und Trinken nichts etwas kostete.

Es war sehr duftig, daß viele Jugendliche aus dem Clubhaus und aus dem Quader dabei mitgeholfen haben, denn es gab reichlich zu tun, um das Fest auf die Beine zu stellen. Dieses Jahr soll auch wieder so ein Volksfest stattfinden, nur noch schöner und besser und mit noch größerem Programm.

Für die Jugendlichen spielen mehrere Gruppen, u.a. die Friends aus Kladow, und für die Erwachsenen spielt eine Schrammelkapelle.

Außerdem soll es in einer Ecke Stühle und Tische geben, damit man sein Bier oder seinen Kaffee auch im Sitzen trinken kann.

Abends gibt es neben der Musik auch noch Filme. Geplant sind auch noch Theatergruppen für Kinder und Jugendliche und eine Karate-Vorführung. Wer Lust hat, kann sich auch sportlich betätigen, nämlich beim Preis-Catschen.

Für Kinder gibt es noch mehr Sachen zum Spielen, Basteln und Rumtoben als im vorigen Jahr, z.B. Stelzen bauen und -laufen oder selbst Musik machen und vieles mehr. Es werden

natürlich wieder eine ganze Menge Leute gebraucht, die dabei helfen, die Stände usw. aufzubauen. Vielleicht hat auch jemand Lust, schon vorher beim Zusammenbasteln und Organisieren zu helfen, der sollte mal nach dem Maiausschuß fahnden.

Dieser Artikel stammt aus der Spandauer Jugendzeitung "Voll drauf" Nr. 4

Kontakt: Klaus Tomaschewski, 1-21, Stephanstr. 60

Zum letzten Freitag hatte der RC zu einer Diskussionsveranstaltung zur 1. Mai Demonstration aufgerufen. Dem Aufruf waren jedoch nur 8 Genossen und Genossinnen anwesend, sodaß ein Beschluß nicht herbei geführt werden konnte.

10 JUGENDWOHNKOLLEKTIV

Wie in Info BUG 3 berichtet, hat das Jugendwohnkollektiv in der Admiralstr. die geforderte Wohnung über der "Stiege" nicht bekommen. Da die Wohnsituation der Jgdl. und Erwachsenen in der Wohnung der Betreuer immer unerträglicher wurde, besetzten die 5 Jgdl. am 18.3. im selben Haus eine leerstehende Wohnung.

"Wir haben eine Wohnung besetzt. Das Bezirksamt Kreuzberg hatte uns schon seit mehreren Wochen eine Wohnung versprochen. Doch als die Vermieter jetzt auszogen, hat es sich unter fadenscheinigen Vorwänden geweigert uns die Wohnung zu geben. Aber wir wollen nicht auf der Straße landen oder wieder ins Heim eingewiesen werden. Deshalb haben wir uns in der Admiralstraße 37 (ein teilweise leerstehendes Abrißhaus) in einer der leerstehenden Wohnungen häuslich niedergelassen. Wir gehen hier nicht eher raus, bis uns das Bezirksamt eine andere anständige Wohnung mit Mietsvertrag stellt. Kommt zu uns, seht euch an wie wir hier leben und helft uns mit eurer Solidarität. Jugendwohngemeinschaft Admiralstraße." (Flugblatt)

Am 19.3. fand in der Admiralstr. eine Pressekonferenz statt. Gleichzeitig schickten die Jgdl. einen offenen Brief an Stadtrat Beck, in dem ihm der "Einzug" in die Wohnung mitgeteilt wird und er aufgefordert wird, sich dafür einzusetzen, daß die Jgdl. solange in dieser Wohnung bleiben können, bis er eine neue Wohnung für sie gefunden hat, die groß genug ist und für die sie einen Mietvertrag erhalten. (d.h. Verhandlungen mit der GSW, der "Eigentümerin" der Wohnung).

Am Nachmittag versuchten die Jgdl. Stadtrat Beck im Bezirksamt zu erreichen, war aber nicht zu finden. Sie suchten ihn und fanden ihn denn auch: er hatte sich mit anderen Kollegen eingeschlossen. Die Jgdl. schauten durch die Schlüssellocher und berichteten über die Vorgänge hinter den Türen, zum Schrecken vorbeigender Angestellten. Das ganze weitete sich so zu einer mords Gaudi aus. Als Beck versuchte, über den Aufzug zu flüchten, verfolgten ihn die Jgdl. durch das ganze Haus bis zu seinem Büro, wo er sich wieder einschloß.

21.3. Die GSW bezeichnet den Einzug als illegal und will die Jgdl. aus der Wohnung rausschmeißen. "Großzügig" stellt sie eine Ersatzwohnung zur Verfügung. Am Nachmittag ziehen die Jgdl. mit Vertretern der GSW durch Abrißhäuser und dürfen sich eine Wohnung aussuchen. Die von den Jgdl. akzeptierte Wohnung in der Reichenbergerstr. 20 ist zwar groß, aber ohne Strom und lange nicht so gut erhalten wie die erste Wohnung.

Bis um 15 Uhr morgen muß die Wohnung in der Admiralstr. geräumt sein.

Das Wichtigste aber haben die Jgdl. durch ihren Kampf und ihre Ausdauer erreicht: eine eigene Wohnung.

SONDERPROJEKTE

Wie in Info BUG 1 berichtet, versuchte der Senat die SP immer stärker zu kontrollieren: Er verlangte von den SP genaue Sozialangaben über jedes Kind u. Jgdl., um die "soziale Benachteiligung" der Kinder überprüfen zu können. Mehrere SP lieferten damals die Angaben anonym oder garnicht. Gleichzeitig schrieb das SP-Plenum in einem Brief an den Senat, daß die "soziale Benachteiligung" der Kinder und Eltern in dem einzelnen SP nicht der Senat beurteilen könne, sondern nur die SP selbst. Außerdem sei "soziale Benachteiligung" nicht vom einzelnen Kind, sondern von der gesamten Lebenssituation, dem Stadtteil, abhängig. In einem Brief vom 20.3. an alle SP beharrt der Senat auf seinen Forderungen. Auf Formblättern sollen die Sozialangaben über Kinder und Eltern gemacht werden. Zur Entscheidung über Familien als "sozial benachteiligt" schreibt der Senat: "Die Entscheidung über die Einstufung einer Familie als 'sozial benachteiligt' wird von Ihnen und meiner zuständigen Bewilligungsstelle gemeinsam getroffen". Der zweite Hammer ist folgendes: "Sozial benachteiligte Familien zahlen unabhängig von der Kinderzahl einen Mindestkostenbeitrag in Höhe von 10.-DM monatlich." Im Gegensatz zu seinem fortschrittlichen Getue, Sozialbenachteiligte kostenlos zu fördern, führt der Senat damit durch die Hintertür eine Beitragszahlung ähnlich wie bei Kitas ein.

Falls die SP die geforderten Angaben nicht machen, wird ihnen die Förderung gestrichen. (Letzter Abgabetermin: 1. April)

Einschätzung und weiteres Vorgehen: Diese Maßnahmen sind im Zusammenhang zu sehen mit dem Versuch des Senats, Initiativen auf der Grundlage von Selbstorganisation wie Jugendzentren (Putte, SJSZ) und nun auch die SP abzuwürgen bzw. der totalen Kontrolle der Senatsbürokratie zu unterstellen. D.h. langfristig, daß die SP in konventionelle Senatseinrichtungen für Kinder- und Jugendarbeit (z.B. Kitas) umgewandelt werden.

Bisher haben sich die SP reaktiv gegenüber dem Senat verhalten, denn weder wurden die Eltern, Kinder und Öffentlichkeit über die Schritte des Senats informiert und mit einbezogen, noch haben die SP es geschafft, eine einheitliche Politik gegenüber dem Senat einzuschlagen; d.h. für unser jetziges Vorgehen: Wir müssen auf einem Sonderplenum der SP möglichst alle SP dazu bringen, die Angaben zu verweigern. Sollte ein gemeinsames Vorgehen nicht möglich sein, müssen wir notgedrungen diese Angaben machen, weil wir zum jetzigen Zeitpunkt keine Mobilisierung im Stadtteil erreichen und keinen Druck ausüben können, und weil der Senat es sich leisten kann, einem oder zwei SP die Mittel zu streichen.

Wenn im Juli die SP an die Bezirksämter abgetreten werden, sollen, ist zu befürchten, daß die Autonomie der SP weiter beschnitten wird. Dann dürfen wir uns nicht wieder so reaktiv verhalten wie bisher; d.h. bis dahin müssen wir es schaffen, die SP zu einer einheitlichen politischen Vorgehensweise zu bringen und Öffentlichkeitsarbeit im Stadtteil zu verstärken.

MIETKONFLIKTE IN CHARLOTTENBURG

HEUTE WIR! MORGEN IHR!

GEGEN VERMIETERWILLKÜR IM HORSTWEG!

Sind Mieter gegen die Willkür des Hauswirts wehrlos???
Sollen Mieter unter der Profitgier der Vermieter leiden???

Im letzten Jahr wechselte der Eigentümer des Hauses Horstweg 5. Damit begann unser Leidensweg. Der neue Eigentümer, die Firma K.C.Lamberg, 1 - 15, Kudamm 48, schaffte den Hauswart ab.

Die Folgen:

Das Haus verkommt. Der Müll quillt über. Die Ratten gehen spazieren. Es regnet durch das Dach. Gefahr durch lose Dachziegel. Verstopfungen der Kanalisation werden nicht beseitigt. Keine Schnee- und Eisbeseitigung.

Terror gegen Mieter

Mit gezielten Einschüchterungsversuchen, Drohungen und Kündigungen versucht man, uns aus dem Haus zu treiben. Türen werden nachts mit roter Ölfarbe beschmiert. Eine Mieterin, die als einen der Täter den Hauseigentümer erkannte, erhielt zwei Tage später die Kündigung. Weiteren 4 Mietern wurden ebenfalls Kündigungen zugeschickt.

Das reicht!! Wir wehren uns!!

Wir haben einen Mieterrat gebildet. Mit uns wehren sich Ausländer, die in einer 1 1/2-Zimmerwohnung mit bis zu 10 Mann hausen und pro Bett ca. 120 DM zahlen müssen.

Das wurde bisher erreicht:

- Das Bauaufsichtsamt ist tätig.
- Das Gesundheitsamt ist informiert.
- Der Bezirksverordnete A. Straub (SPD) hat Strafanzeige wegen Mietwuchers erstattet.
- Der Bezirksbürgermeister und die Presse sind unterrichtet worden.

Haben Sie ähnliche Probleme?
Werden auch Sie aktiv!

Rufen Sie uns an:

Hinrich Vellguth 306 28 22
Claus J. Liefke 307 66 59

GEMEINSAM SIND WIR STÄRKER ALS
DER HAUSBESITZER !!!



Dieses Flugblatt verteilte der Mierrat Horstweg 5 letzten Mittwoch im Horstweg, um die Bewohner der umliegenden Häuser von den Vorfällen in ihrem Haus zu informieren.

Dieser Mierrat wurde auf einer Mieterversammlung gewählt, die kurz nach der Farb-Aktion stattfand. Die Mieter befürchten, daß die Hausbesitzerin dieses Haus als Spekulationsobjekt kaufte und daß deshalb der Terror weitergehen wird. Der Hausbesitzer versicherte (in einem Artikel im Spandauer Volksblatt vom 31.3.): "Niemand habe die Absicht, die Bewohner auf die Straße zu setzen. Er erklärte allerdings, daß er 4 weiteren Mietern, darunter 3 Vertretern des Mierrats, kündigen wolle, weil sie die Hausbewohner aufhetzten."

Das wären dann schon 9 Kündigungen!

Um die Verwahrlosung des Hauses zu bekämpfen, wurde auf der Mieterversammlung eine Mängel-liste aufgestellt und an das Bauaufsichtsamt geschickt. Am Donnerstag machte dann die Bauaufsicht eine Hausbegehung.

Die "Mieterinitiative Sanierungsgebiet Klausener Platz e.V." macht jeden Freitag von 17³⁰-19³⁰ Mieterberatung in ihrem Laden Seelingstr.14. Letzten Freitag wurde uns folgende Mitteilung übergeben:

In der Schloßstr.17 hat sich am 28.3. interessantes und gleichzeitig trauriges zugetragen: Im Laufe des Vormittags rückte eine Maurerkolonnie an und fing an, Fenster und Türen einer 2-zimmerigen Wohnung zuzumauern. Was der ganzen Angelegenheit aber einen makabren und höhnischen Aspekt verleiht ist:

a) neben dieser derartig unwohnbar gemachten 2-Zimmerwohnung befindet sich eine 1 1/2-Zimmerwohnung, die von einer neunköpfigen Familie bewohnt oder besser behaust wird!

b) Im Nachbarhaus, Schloßstr.16 wohnt Herr Mader, seines Zeichens Blockverwalter der "Neuen Heimat", der eine Wohnung bewohnt, die erst kürzlich für 25 000 DM instandgesetzt wurde!

c) Vor diesem Haus des Blockverwalters steht seit kurzem ein hübsches Mäuerchen aus echten Klinkersteinen, von denen das Stück 0,70 DM kostet; dieses Mäuerchen hat die Aufgabe, eine häßliche Hausfassade und noch häßlichere Wohnungen zu zieren. Bleibt nur noch zu erwähnen, welche eine soziale, ehrenwerte Gesellschaft die "Neue Heimat" ist, hat sie doch Sinn, die Wohnungen zu renovieren, indem sie einfach die Fenster und die Türen zumauert. Außerdem beweist sie untrügerischen Instinkt für architektonische Ästhetik, indem sie derartige Wohnungen mit Mäuerchen aus Klinkersteinen dekoriert.

Was für ein Glück, daß es die "Neue Heimat" gibt.

P.S. Die "Neue Heimat" ist ein Gewerkschaftsunternehmen

Genossen, vor allem solche, die eh im Sanierungsgebiet Klausener Platz wohnen, und einen unstillbaren Trieb nach Mieterarbeit (Unterschriften auf der Straße sammeln, Hausbesuche, demnächst wieder ein Fest) verspüren, kann geholfen werden:

Jeden Montag trifft sich der Initiativausschuß der Mieterinitiative im Laden Seelingstr.14 ab 19 Uhr, jeden Samstag sind wir auf der Straße und sammeln Unterschriften. Demnächst mehr.

Tel. 343 23 20

Ev. Kirchengemeinde St. Paul

- Der Gemeindegemeinderat -

- Tgb. Nr.: 39/74 -

I Berlin 65, den 25. 3.1974

Badstraße 50

Telefon 4 65 27 80

Sehr geehrter Herr Kindel!

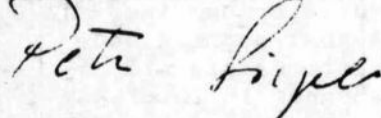
Auf dringende Empfehlung des Konsistoriums hin kündigen wir Ihnen das Arbeitsverhältnis zum 31. Mai 1974 fristgemäß, da bekannt geworden ist, daß Sie öffentlich Ihre homosexuelle Veranlagung bekannt haben und Unterschriften für die strafrechtliche Gleichbehandlung der Homosexuellen mit den Heterosexuellen gesammelt haben.

Im allgemeinen Interesse unserer Jugendlichen müssen wir die Kündigung aussprechen, da Ihre Weiterbeschäftigung nach Maßgabe des Konsistoriums in der Jugendarbeit nicht vertretbar ist.

Wenn Sie diese Kündigung akzeptieren, hat uns das Konsistorium zugesagt, zu versuchen, Ihnen eine andere Beschäftigung im kirchlichen Bereich - jedoch nicht in der Jugendarbeit - zu vermitteln.

Wir würden Sie bitten, sich mit dem Konsistorium über den Herrn Superintendenten des Kirchenkreises Berlin Stadt III a in Verbindung zu setzen.

Mitarbeitervertreter




Vorsitzende, Pastorin



Der Kirchenkampf geht weiter! Nach den spektakulären Vorgängen in der "Knüppel-gemeinde Genezareth", in der Jugendliche um ihr Freizeitheim kämpfen, versucht nun der Gemeindegemeinderat der St. Paul-Gemeinde im Wedding, eine nicht minder traurige Berühmtheit zu erlangen. Wer homosexuell 'veranlagt' ist, soll nicht länger in der Jugendarbeit tätig sein. Liegt da nicht der Schluß nahe, daß

überhaupt 'sexuell Veranlagte' für die Arbeit mit Jugendlichen ungeeignet sind. Wer erinnert sich nicht der hellen Knabenstimmen in den Kirchenchören des Mittelalters, deren lebenslängliche 'Reinheit' durch den Preis erzwungener Geschlechtslosigkeit erkaufte wurde. Um die Probleme der kirchlichen Jugendarbeit zu lösen - Eunuchen in die kirchlichen Jugendfreizeitheime!

"Wir müssen sagen, daß gefoltert wird, weil die Eigentumsverhältnisse bleiben sollen. Freilich, wenn wir das sagen, verlieren wir viele Freunde, die gegen das Foltern sind, weil sie glauben, die Eigentumsverhältnisse könnten auch ohne Folter aufrecht erhalten bleiben (was unwahr ist)! - Brecht -

Am 5. Februar 1974 wurden die Politischen Gefangenen Gudrun Ensslin und Ulrike Meinhof, die als Mitglieder der Roten Armee Fraktion (RAF) angeklagt sind, in die psychiatrische Frauenabteilung der Justizvollzugsanstalt Köln-Ossendorf, die sogenannte Stille Abteilung verlegt. Für beide Gefangene bedeutet diese Verlegung eine Verschärfung der bereits bestehenden Isolierhaft, der alle politischen Gefangene in der BRD ausgesetzt sind. Durch Beschluß des Bundesgerichtshofs (BGH) werden die politischen Gefangenen von jeglichem Kontakt zu allen anderen Gefangenen ausgeschlossen (durch Anordnung von Einzelhaft, Einzelbad, Einzelhofgang, Ausschuß von sämtlichen Gemeinschaftsveranstaltungen).

In der Stillen Abteilung, in der die Gefangenen Gudrun Ensslin und Ulrike Meinhof in einem Gebäudekomplex mit 10 Zellen untergebracht sind, in denen alle übrigen Zellen leer sind, hören die Gefangenen keine menschlichen Laute außer den Geräuschen, die sie selber produzieren. Die Geräuschisolation wird ergänzt durch die Eintönigkeit der Zellen, in denen Wände und Einrichtungen weiß gestrichen sind und in die durch die Fliegengitter nur diffuses Licht eindringt. Durch den weitgehenden Entzug aller sinnlichen Reize wird die Stille Abteilung zum schärfsten Mittel der Isolationsfolter, das z.Zt. gegen die Politischen Gefangenen angewendet wird. Auf Dauer angewandt führt die Isolationsfolter zur Zerstörung des menschlichen Organismus.

Radio, Zeitungen, Bücher, Verwandtenbesuche für eine halbe Stunde im Monat - ohnehin Selbstverständlichkeiten - heben die Isolation nicht auf.

Auch der Zusammenschluß der beiden Gefangenen in einer Zelle für 2 Stunden am Tag, der gemeinsame Hofgang für eine Stunde ändern an der zerstörerischen Wirkung der Isolationsfolter nichts. "Natürlich gibts einen Unterschied, ob allein oder zu zweit, wie's einen gibt zwischen 800 und 1 000 Elektroschocks" (aus dem Brief einer Gefangenen aus dem Toten Trakt). Mit dem Hinweis auf diese "Hafterleichterungen" versuchen Posser und die Bundesanwaltschaft, die Isolationsfolter zu verschleiern und decken sie damit.

Auch die in der Presse angekündigte Verlegung der Gefangenen in das Gefängnis Stuttgart-Stammheim, in dem im 7. Stock 20 Zellen in 5 Isolierzellen umgebaut werden, - offensichtlich zur Perfektionierung der Isolationsfolter - bedeutet keine Beendigung, sondern Fortführung der Isolationsfolter.

Ziel der Folter ist die Vernichtung des politischen Widerstands der Gefangenen, der sich nicht anders brechen läßt, als durch die Liquidierung der Gefangenen.

Dem Aufwand, mit dem die Justiz an der Liquidierung der Gefangenen arbeitet, entspricht der Mühe, mit der sie zum einen die Folter ableugnet und zum anderen die Isolationshaft als Sicherheitsmaßnahme im Interesse der Bevölkerung auszugeben versucht. In der Verschleierung der Folter zeigt sich, daß der Kampf der Gefangenen nicht nur vernichtet werden soll, er soll auch nicht ins Bewußtsein anderer Menschen eingehen.

Die Bomben der RAF auf die Stützpunkte des US-Imperialismus in der BRD haben die militärische Anwesenheit des US-Imperialismus in der BRD deutlich gemacht. Die Zerstörung des Computers im Hauptquartier der 7. US-Armee in Heidelberg, in dem Einsatzpläne für Vietnam entwickelt wurden, war eine Antwort auf die Verminung der nordvietnamesischen Hafenstadt Haiphong, die den Nachschub des Vietkong blockieren sollte.

Die Bezeichnung der RAF ~~ak~~ als kriminelle Bande durch Justiz und Hetzpresse soll diesen politischen Zusammenhang unterdrücken und das rechte Klima für die Vernichtung schaffen.

Daß die Justiz diese Ziele nicht erreichen kann, ohne sich in Widersprüche zu verstricken, zeigen die Proteste, auf die ihre Foltermaßnahmen gestoßen sind. Der Hungerstreik von über 80 Politischen Gefangenen und der Hungerstreik der Rechtsanwälte vor dem Bundesgerichtshof Anfang 1973, demonstrierende Ärzte vor dem toten Trakt, Strafanzeigen von Medizinern gegen Gefängnisärzte wegen Mordversuchs an Katharina Hammerschmidt haben die Isolationsfolter öffentlich gemacht und die Justiz in die Verteidigungsposition gedrängt.

Nach mehr als 3 Jahren Isolationsfolter redet die Justiz plötzlich von "Hafterleichterungen" und versucht damit die weitere Verschärfung der Folter durch den Toten Trakt zu verschleiern. Die Isolationsfolter wird in der Öffentlichkeit zunehmend angegriffen. Das zeigt auch ein Artikel in der neuesten Ausgabe der "Welt und Arbeit" (DGB), in dem der Tote Trakt als das äußerste Mittel der Isolationsfolter denunziert wird.

Die unbefristete Stahddemonstration der Komitees gegen Folter an politischen Gefangenen in der BRD vor dem nordrhein-westfälischen Justizministerium in Düsseldorf greift den Sozialdemokraten Posser als für den Toten Trakt Verantwortlichen an.

Wir werden solange demonstrieren, bis unsere Forderungen erfüllt sind:

SOFORTIGE VERLEGUNG VON ULRIKE MEINHOF UND GUDRUN ENSSLIN AUS DEM TOTEN TRAKT

ABSCHAFFUNG DES TOTEN TRAKTS

ABSCHAFFUNG DER ISOLATIONSFOLTER

GLEICHSTELLUNG DER POLITISCHEN GEFANGENEN MIT ALLEN ANDEREN GEFANGENEN

Komitees gegen die Folter an Politischen Gefangenen in der BRD z.Zt. vor dem Justizministerium in Düsseldorf, Martin-Luther-Platz

Die Düsseldorfer Aktion ist nicht als große Massendemonstration zu verstehen, sondern soll durch die Permanenz von ca. 10-20 Genossen, die ständig (täglich von 7.00-19.00 Uhr) vor dem Justizministerium stehen, einen konstanten Druckpunkt gegen die Folter an den politischen Gefangenen erzeugen. Zu Beginn der unbefristeten Aktion in Düsseldorf sah sich Posser gezwungen, eine "2-spaltige Presseerklärung herauszugeben, die dem Vorwurf der Folter durch Aufzählen von sogenannten "Hafterleichterungen" begegnen sollte. Posser ist also in eine Verteidigungsposition gebracht worden, die durch weitere Aktionen verstärkt werden muß.

Es kommt darauf an, die Aktion in Düsseldorf praktisch zu unterstützen, indem Genossen aus anderen Städten hinfahren, gewährleisten helfen, daß immer genug Leute dort stehen. Parallel laufende unterstützende Aktionen in anderen Städten sollen in Düsseldorf diskutiert, geplant und koordiniert werden.

(Die Stahddemonstration hat am 14. März begonnen)

Kontaktadresse des Komitees gegen die Folter an Politischen Gefangenen:

S.Katz, 1 Berlin 21, Wikingerufer 8 Tel. 3911880

SOLIDARITÄT MIT DEN GEFANGENEN

Das Häftlingskollektiv bzw. die Knastinitiativgruppe/Neukölln brauchen unbedingt Geld, u.a. für die jetzt anstehenden Osterpakete. Wir allein schaffen es nicht, das Geld für alle Gefangenen aufzutreiben. Genossen zeigt eure Solidarität und spendet auf das Konto 31 36 393 800

- Jutta Werth - der Berliner Bank

Sieben Leute suchen zum 1. 7. 74
möglichst billige und entsprechend
große Wohnung.

Tel.: 612 16 64

VW zu verkaufen, noch 1 Jahr TÜV,
Maschine einwandfrei, 300 DM
Tel. 302 37 81

In den linken Buchläden gibt's
(hoffentlich noch) ein gelbes
Heft: Berichte der Mieterinitia-
tiven in Hamburg, in dem von den
Kämpfen gegen Mieterhöhung und
Profitsanierung in Hamburg be-
richtet wird.

Wir

und Hunderte unserer
Kollegen suchen

SINNVOLLE BESCHÄFTIGUNG

Angebote an Senat von
Berlin



Für das SZ suchen wir Blech um eine
Tür zu verstärken, Maße ca 175x85cm
benötigen stabilen Tisch. (Bau?)
Wer was weiß oder hat so was rum-
liegen, bitte im Büro melden!

Wer fährt über Ostern zum Emanzi-
pations-Seminar nach Frankfurt und
muß (was allerdings zum Kotzen ist)
am Dienstag, 16.4. spätestens bis
9.00 wieder in Berlin sein. Mit wem
kann ich zurückfahren?

Ich kann sowohl autofahren als auch
ein bißchen Benzin bezahlen

Ulla 2136658

Die Mieterberatung der RH ist nicht
Dienstags sondern Donnerstags, SZ,
Erdgeschoß, Stadtteilraum, rote Tür
Die Rechtsberatung findet Dienstags
statt.

Vietnam - Der Nachkriegs - Krieg

Seit der Unterzeichnung des Pariser
Vietnam- Abkommens vor mehr als
einem Jahr ist es still geworden um
dieses Thema. Die bürgerliche Presse
hat ihre Berichtersteller abgezogen;
in der Tagesschau erscheint nicht mehr
die sattem bekannte Südostasienkarte
und auch in der Linken ist man zur
"Tagesordnung" übergegangen.
Der Informationsboykott ist nahezu
total und hat Methode, denn die ge-
änderte militärische und politische
Taktik der USA in Vietnam bedarf
des großen Schweigens. Wie sich der
Krieg weiterentwickelt hat und wie
es um die Befreiung Südvietnams steht,
wollen wir an Hand einer Dia-Serie
eines amerikanischen Quäker-Teams zu
zu zeigen versuchen.

DER NACHKRIEGS'KRIEG? DIA'VORTRAG
am 7.4.1974 um 19.00 im Sozialist-
ischen Zentrum, Stephanstr.60

INHALT

SJSZ	S. 2
Putte	S. 2
Mittwochsplenum	S. 5
1. Mai-Feste	S. 6
Sonderprojekte	S. 10
Mieterkampf-Charlottenburg	S. 11
Kirche-Jugendarbeit	S. 13
Komitee gegen Folter	S. 14